

KLIENT:INNEN – INFORMATION ZUM DATENSCHUTZ

Sehr geehrte Klientin, sehr geehrter Klient,

der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck unsere Asylverfahrensberatungsstelle Daten erhebt, speichert oder weiterleitet. Sie können dieser Information auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

1. Verantwortlichkeit für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannis Bernburg
Dr.-John-Rittmeister-Straße 6
06406 Bernburg
E-Mail: avb@psz-sachsen-anhalt.de

Zuständiger Datenschutzbeauftragter:

Stiftung Ev.- Jugendhilfe St. Johannis Bernburg
Herr Otto
Dr.-John-Rittmeister-Straße 6, 06406 Bernburg
E-Mail: datenschutz@stejh.de
Telefon: 0160 / 709 768 7

2. Zweck der Datenverarbeitung

Wir erheben zu Beginn der Beratung einige Daten zu Ihrer Person und Ihrer Gesundheit. Dies ist notwendig, um eine angemessene Beratung zum Asylverfahren gewährleisten zu können. Es werden nur die Daten erhoben, die für eine dem Standard entsprechende Beratung notwendig sind. Dazu gehören:

- Ihr Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort und die Staatsangehörigkeit
- Wohnanschrift und Telefonnummer
- Ihr aufenthaltsrechtlicher Status, Aktenzeichen und andere Ordnungsmerkmale von Behörden
- Verständigungsmöglichkeiten (also Ihre Sprachkenntnisse)
- Unterlagen (z.B. Ausweise, Bescheide), die Sie uns zur Beratung überlassen und Ihre Korrespondenz mit Dritten (z.B. Behörden, Rechtsanwält:innen oder anderen Beratungsstellen), soweit dies in der Angelegenheit notwendig ist
- Therapieberichte, Atteste, Arztbriefe und Protokolle, die wir selbst erarbeiten,
- unter Umständen Daten zu Ihrer ethischen Herkunft, politischen Meinung, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung oder sexuellen Orientierung, sofern diese von Ihnen im Rahmen des Beratungsgesprächs vorgetragen werden und für die weitere Beratung erforderlich sind.

3. Empfänger Ihrer Daten

Wir als Beratungskräfte unterliegen der Schweigepflicht. Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur dann an Dritte, wenn dies gesetzlich erlaubt ist und Sie eingewilligt haben. Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten können z.B. das Psychosoziale Zentrum für Migrantinnen und Migranten (PSZ), Fachberatungsstellen oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sein.

Die Übermittlung erfolgt überwiegend zur Klärung von asylrechtlich relevanten Fragestellungen. Die Weiterleitung an weitere berechnigte Empfängerinnen und Empfänger, wie z.B. Ihre Anwältin oder Ihren Anwalt, erfolgt nur dann, wenn Sie eine ausdrückliche Schweigerechtsentbindungserklärung unterschrieben haben.

4. Speicherung Ihrer Daten

Ihre Daten werden in der Beratungsstelle erfasst und spätestens zwölf Monate nach Beratungsende gelöscht.

5. Ihre Rechte

Sie haben das Recht, über Ihre personenbezogenen Daten Auskunft zu erhalten oder Ihre Daten bei der Asylverfahrensberatungsstelle einzusehen. Auch können Sie die Berichtigung unrichtiger Daten verlangen.

Darüber hinaus steht Ihnen unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Löschung von Daten, das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

Erfolgt die Verarbeitung Ihrer Daten auf der Grundlage einer Einwilligung, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit, mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Bitte beachten Sie, dass in diesem Fall aber eventuell eine Verarbeitung der betreffenden Daten in der Zukunft nicht mehr möglich sein wird.

Sie haben ferner das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Die Anschrift der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Name: Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Anschrift: Postfach 1947, 39009 Magdeburg

6. Rechtliche Grundlagen

Neben der untenstehenden Einwilligungserklärung ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten Artikel 9 Absatz 2 lit. h) DSGVO in Verbindung mit § 22 Absatz 1 Nr. 1 lit. b) Bundesdatenschutzgesetz. Sollten Sie Fragen haben, können Sie sich gern an uns wenden.

EINWILLIGUNGSERKLÄRUNG

Ich habe die obenstehenden Informationen gelesen und verstanden.

Hiermit willige ich,

Vorname: _____ Name: _____

Telefonnummer: _____

Adresse: _____

ein, dass personenbezogene Daten, die unter Punkt 2 aufgelistet sind, verarbeitet werden, wenn diese im Rahmen der Anmeldung und Beratung bekannt werden und für die weitere Beratung erforderlich sind. Die Einschätzung der Erforderlichkeit erfolgt durch das Fachpersonal der Asylverfahrensberatungsstelle.

Die Einwilligung erfolgt freiwillig und kann jederzeit für die Zukunft widerrufen werden.

Ort /Datum _____ Unterschrift: _____